



Pressemitteilung

Israelisches „Nationalitätengesetz“ höchst undemokratisch

Auf das Schärfste verurteilt das Präsidium der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. (DPG) die Verabschiedung des neuen israelischen „Nationalitätengesetzes“ durch die Knesset.

In dem Gesetz wird Israel ausschließlich als „Nationalstaat“ des jüdischen Volkes definiert, dem einzig und allein das Recht auf nationale Selbstbestimmung zusteht. Die israelischen Palästinenser, die beinahe 20% der Bevölkerung in Israel ausmachen, werden gänzlich ausgeschlossen. Darüber hinaus werden alle Palästinenser in den von Israel völkerrechtswidrig besetzten Gebieten und alle Syrer auf den ebenfalls besetzten Golanhöhen zu Gästen im eigenen Land und zu Bürgern zweiter oder sogar dritter Klasse werden, denen keine Rechte eingeräumt werden.

„Dieses ist das gefährlichste Gesetz, das Israel seit Beginn der Besetzung verabschiedet hat“, so die palästinensische Botschafterin Dr. Khoulood Daibes in Berlin. Die DPG habe stets davor gewarnt, dass Israel ganz Palästina wolle, jedoch ohne die Palästinenser, konstatiert DPG-Präsident Nazih Musharbash und fügt hinzu, dass „mit dieser staatlich verordneten Trennung und Diskriminierung Israel endlich sein wahres Gesicht zeigt und sich selbst als Apartheidsystem begreifen muss.“

Zudem disqualifiziert sich Israel nach Auffassung der DPG, ein demokratischer Staat zu sein und setzt sich sogar über das Völkerrecht hinweg, da es die Entwicklung, Errichtung und Konsolidierung der jüdischen Siedlungen auf palästinensischem Grund und Boden als nationalen Wert ansieht und gesetzlich verankert. Solche Gesetze sind nach allen Standards des Völkerrechts, der Demokratie, der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit, der Toleranz und Inklusion höchst fraglich und illegal

Die DPG fordert die Bundesregierung auf, ihren Einfluss auf Israel geltend zu machen, denn damit verabschiedet sich Israel endgültig davon, ein säkularer demokratischer Staat zu sein. Insofern stellt das Gesetz die von der Bundesregierung verfolgte Staatsräson zugunsten Israels selbst infrage und erklärt die Zwei-Staaten-Lösung für beendet.

I.A.

Präsidium der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.

Bad Iburg, den 20.7.2018

Nazih Musharbash

Präsident